



Die Mitglieder des FBP-Landesvorstands befassen sich eingehend mit der Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer. Nach einer längeren Diskussion kam der Grossteil der Anwesenden zum Schluss, dass die Initiative zwar nicht völlig ausgereift, aber zumindest ein Schritt in die richtige Richtung ist. (Foto: Zanghellini)

FBP empfiehlt bei der Initiative «Familie und Beruf» klar ein Ja

Volksabstimmung Mit einer Zweidrittelmehrheit hat der FBP-Landesvorstand am Donnerstag die Ja-Parole bezüglich der Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer gefasst. Abgestimmt wird am 18. September 2016.

VON DORIS QUADERER

Nach einleitenden Worten des Gesellschaftsministers Mauro Pedrazzini hat der Landesvorstand der Bürgerpartei am letzten Donnerstag die Initiative eingehend diskutiert. Dabei wurde von einzelnen Mitgliedern bemängelt, dass Elternteile, welche ihre Kinder selbst betreuen, benachteiligt würden: «Eine Verbesserung für Frauen, die sich dazu entscheiden, sich ganz auf die Kindererziehung zu konzentrieren, lässt weiterhin auf sich warten. Das

ist sehr schade», merkte ein Mitglied des Landesvorstands an. Aus der Optik der Wirtschaftskammer sei dies verständlich, betonte hingegen Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini. Den Initianten gehe es naturgemäss um jene Frauen, die sich in einem Arbeitsverhältnis befänden.

Allerdings räumte auch Mauro Pedrazzini ein, dass die Initiative durchaus ihre Mängel habe. So würden bei einer Annahme der Initiative die heute hohen Reserven der Familienausgleichskasse (FAK) längerfristig abgebaut. Damit der Staat

nicht zum Handkuss komme, wenn die Reserven einen kritischen Punkt unterschritten, versprach Pedrazzini im Falle einer Annahme eine entsprechende Gesetzesanpassung einzubringen. Damit wolle er sicherstellen, dass in dem Fall die Arbeitgeber mehr in den FAK-Topf einzahlen müssten und nicht der Staat.

Nicht das Gelbe vom Ei

In den Voten im Landesvorstand wurde jedoch deutlich, dass der Teil betreffend Kita-Finanzierung auf eine breite Akzeptanz stösst. Die Initiative sei ein Schritt in die richtige

Richtung, schliesslich müsse den heute bestehenden Engpässen bei Kita-Plätzen rasch begegnet werden, so der Tenor.

Ausserdem müsse auch die jetzt geltende Ungleichbehandlung von verschiedenen Kitas in Liechtenstein beseitigt werden. Das Fazit des Landesvorstands: Die Initiative ist zwar nicht das Gelbe vom Ei, aber immerhin ein Fortschritt, wenn es um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehe. Die FBP empfiehlt damit, bei der Abstimmung am 18. September 2016 ein Ja in die Urne zu legen.